



Niederschrift

3. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 21.11.2019
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:14 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	Sitzungsleitung
Frau Ulrike Kallenbach	anerkannte freie Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannte freie Träger	
Herr Tiemo Reimann	SPD	bis 19:00 Uhr
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannte freie Träger
Herr René Kulke	DIE aNDERE
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE

beratende Mitglieder

Herr Steve Farendorf	Agentur für Arbeit
Herr Dr. Reiner Pokorny	Komm. Fachbereichsleiter
Frau Veronika Sander	Amtsgericht Potsdam
Herr Thomas Simonis	Polizeiinspektion Potsdam
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel	Geschäftsbereich 2
-------------------	--------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Herr Matthias Kaiser	CDU	entschuldigt
Herr David Kolesnyk	SPD	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	nicht entschuldigt
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Kamal Abdallah	Verein der Muslime	nicht entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Gesundheitsamt	entschuldigt
Frau Astrid Englin-Ressel	Kreiselterrat	nicht entschuldigt
Herr Dirk Heidepriem	Staatliches Schulamt	nicht entschuldigt
Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	nicht entschuldigt
Frau Leni Naimova	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Maria Pohle	Migrantenbeirat	nicht entschuldigt
Frau Anna Rasu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	nicht entschuldigt
Frau Marie-Charlotte Senst	Kreisschülerrat	nicht entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Volker Theobald	Entwicklungsträger Bornstedter Feld
Frau Birgit Ukrow	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.10.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Sachstand Jugendfreizeiteinrichtung Georg-Herrmann-Allee -
Entwicklungsträger Bornstedter Feld angefragt
- 8 Wahl von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung aus AGs § 78
SGB VIII
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes
2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024
Vorlage: 19/SVV/1174
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Birgit Eifler.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.10.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Eifler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Frau Eifler bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 24.10.2019.

Die Niederschrift wird mehrheitlich **bestätigt**. (mit einer Enthaltung)

Frau Eifler fragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Änderungsantrag: 7.1 soll ganz nach vorne gezogen werden, damit Herr Theobald nicht so lange warten muss (Anschließend stellt Frau Eifler die Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig **zugestimmt**.

zu 3 **Informationen des Jugendamtes**

a) Information zur neuen Richtlinie (RL) zum PLUS-Förderprogramm

Herr Pokorny erläutert, dass es wesentlich ist, dass die drei Säulen erhalten wurden. Sie lassen Themenerweiterungen und Trägeröffnung zu. Die max. Projektförderhöhe bleibt bei 8.000 EURO je Projekt. Außerdem gibt es zwei Antrags- und Entscheidungsfristen (28.02. und 31.05.). Der Überarbeitungsprozess war im Frühjahr mit einer Projektgruppe gestartet. Der Evaluationsbericht war in der Mai-JHA-Sitzung präsentiert worden. Die neue RL wurde am 29.10.2019 in Kraft gesetzt.

b) Fragebogen für die Prüfung der Entstehung der EBO

Alle Fraktionen haben dazu Fragen gesendet. Herr Pokorny hat alles gesammelt und die Verwaltung macht aus dem Katalog einen Vorschlag bis zum 11.12.2019, der dann im nächsten JHA vorgestellt wird. Die Fragen des Kita-Elternbeirates sind auch dabei.

c) Sachstand unbegleitete minderjährige Asylbewerber*innen (umA)

Mit heutigem Stand werden in der LH Potsdam durch den Fachbereich Bildung, Jugend und Sport **114** umA und ehemalige umA versorgt und betreut. Herr Pokorny führt dazu aus, dass sich diese Anzahl wie folgt verteilt:

35 umA (unter 18 Jahre), 77 ehemalige umA (Ü 18), 2 umA mit Kind (§19), 98 stationäre Hilfen (inkl. §19 Mutter und Kind), 16 ambulante Hilfen (inkl. ein umA

Paar mit einem gemeinsamen Kind), 108 umA sind männlich und 6 sind weiblich. Die Herkunftsländer sind überwiegend Guinea (wiederholt Kenia und vereinzelt Gambia und Angola). Es kommt z.Z. niemand mehr aus Syrien, Afghanistan und Pakistan.

Fazit 1. Halbjahr 2019

Es ist zu beobachten, dass das Familiengericht Potsdam die Vormundschaften für junge Geflüchtete aus Guinea und Pakistan (vormals bis Vollendung des 21. Lebensjahres, nunmehr des 18. Lebensjahres) aberkennt und umA, für die bislang kein Asylantrag gestellt worden ist, dadurch bei der Klärung ihrer Perspektive und der Sicherung ihres Aufenthaltes nicht durch einen Vormund vertreten werden können.

Die Betreuung / Begleitung von umA ist im 1. Halbjahr 2019 weiterhin geprägt gewesen von:

- Perspektivlosigkeit der umA durch langwierige Asylverfahren
- Die BSFG+ Kurse an den Oberstufenzentren haben nicht in ausreichendem Maß Sprachkenntnisse für die Aufnahme von Ausbildungs- oder ähnlichen Maßnahmen vermittelt bzw. konnten nur sehr wenige umA an eine Ausbildungsreife heranführen.
- Trotz belegbarer abnehmender Zahlen von zugewiesenen umA, spiegelt sich dies nicht in der täglichen Arbeit mit umA wieder. Die Zunahme an Komplexität erfordert einen individuelleren Blick auf jeden einzelnen umA, um dessen bestmögliche Versorgung, Begleitung und Integration gewährleisten zu können.
- Der Bedarf an Betreuung und pädagogischer Begleitung/ Unterstützung ist auch bei den jungen Volljährigen ungebrochen, vor allem vor dem Hintergrund, dass viele umA erst im Alter von 16 und 17 Jahren in die Obhut des Jugendamtes gelangen. Wie Studien bereits belegt haben (siehe Evaluation des Instituts für Kinder- und Jugendhilfe vom 05.02.2018) entfaltet Jugendhilfe für umA durchaus eine nachhaltige Wirkung, jedoch frühestens nach 1,5 Jahren.

Frau von Frau Dr. Müller fragt nach, ob die OSZ-Kurse Pflicht sind. Dies wird bejaht, denn das ist der Sprachlernstart.

Herr Ströber erklärt, dass geflüchtete Menschen eine Duldung erhalten, wenn sie in Ausbildung sind. Eine Duldung wird jedoch nicht für Vorbereitungskurse gewährt, deshalb wollen sie lieber gleich in eine Ausbildung, was wiederum ohne Deutschkurse/ -kenntnisse oft nicht geht!

c) Schimmelbefall in der Kita Farbenspiel

Herr Pokorny informiert: Die Kinder der Kita Farbenspiel mussten nach Feststellung von Schimmelbildung in neue Kitas untergebracht werden. Aus dem Stand 101 Kinder anderweitig zu versorgen, war eine sehr schwierige Aufgabe. Herr Pokorny dankt daher allen Beteiligten für ihr Engagement. Das Gebäude wird wiederhergerichtet. Für das Frühjahr 2020 ist der Rückzug avisiert.

d) Öffentliche Vergabe/Auswahlkommission Suchtprävention

Herr Pokorny erinnert, dass der Beteiligungsprozess zur Vergabe Suchtprävention in der März Sitzung 2019 stattfand. Im Anschluss wurden die Mitglieder für die Auswahlkommission bestimmt. Der JHA hatte dazu auch zwei Mitglieder gewählt. Diese sind aber nicht Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung. Herr von Miller (Vergabestelle der LHP) hat dies rechtlich geprüft und beanstandet. In einer Auswahlkommission im Rahmen einer öffentlichen Vergabe können nur Angestellte/Beamte der Landeshauptstadt Potsdam bestellt werden.

Herr Wollenberg betont, dass dies verdeutlicht, dass der JHA sich stark machen sollte, dass soziale Ausschreibungen mittels Interessenbekundungsverfahren (und nicht als öffentliche Vergabe) durchgeführt werden.

d) Vorstandswahl im Kita-Elternbeirat

Die Verwaltung sieht die Wahl als rechtmäßig an. Das Wahlverfahren wurde mit den Anwesenden abgestimmt. Die organisatorische Durchführung der Wahl kann der Verwaltung übertragen werden. Das MBS hat die Rechtmäßigkeit schriftlich bestätigt.

Frau Dr. Müller meint, man sollte vorab eine rechtsverbindliche Regelung finden.

Herr Pokorny ergänzt, dass ein Wahlprozedere in einer Geschäftsordnung stehen kann und sollte.

Herr Witzsche sieht das auch als ein ehrenwertes Ziel, aber so schnell wird eine Neuwahl nicht notwendig sein. Das Schreiben des MBS kommt in die Anlage.

e) Presseberichterstattung „überlastetes Jugendamt“

Frau Aibel möchte zu diesem Thema Stellung nehmen. Ein Innendienst wird aktuell eingerichtet, so dass immer jemand in der Regionalen Kinder- und Jugendhilfe (RKJH) während der Öffnungszeiten zu erreichen ist. Noch sind die organisatorischen Überlegungen, welche unter Beteiligung der MitarbeiterInnen erfolgen, nicht abgeschlossen.

Ein zweites Thema ist die Rufbereitschaft außerhalb der Sprechzeiten im vier-Augen-Prinzip.

So soll gewährleistet werden, dass die RKJH ihrer hoheitlichen Aufgabe der Inobhutnahme Ziel ist der Start zum 01.07.2020. Auch hier erfolgt die organisatorische Ausgestaltung unter Beteiligung der Mitarbeitenden und der entsprechenden Fachstellen und Partner.

Herr Otto fragt, da es zusätzlich vergütet wird, dann muss dafür Geld eingeplant werden. Dies wird durch die Verwaltung bejaht und sei durch den Tarifvertrag geregelt.

Herr Kulke begrüßt die bessere Erreichbarkeit des Jugendamtes. Er fragt, um welche Stellen ein Aufwuchs erfolge.

Frau Aibel betont, dass im Zuge des Nachtrags drei neue Stellen zum Jahresende besetzt werden könnten. Im neuen DHH seien drei Stellen geplant. Hier werde versucht bereits zum Jahresbeginn eine Stellenbesetzung vorzunehmen. Des Weiteren versuche sie noch zusätzliche Stellen zu schaffen.

Herr Kulke sieht schon jetzt die Überlastung der Mitarbeitenden in diesem Arbeitsfeld, da könne vor diesem Hintergrund nicht auch noch die Arbeitslast ausgeweitet werden.

Frau Aibel betont die Erforderlichkeit. Aktuell gehe man davon aus, dass es wenige Wochen im Jahr Bereitschaft pro Mitarbeitende seien. Im Rahmen der anstehenden Organisationsuntersuchung werde die Personalbemessung quantifiziert und fortschreibungsfähig ausgestaltet.

Frau Tietz fragt nach, ob erst eine Vergütung bei erfolgtem Einsatz gewährt wird. Frau Aibel antwortet, dass der Tarifvertrag dies auch bei „passiver“ Bereitschaft vorsehe.

Herr Otto fragt nochmal nach Vergleichszahlen von anderen Kommunen. Wie viele Fälle sollte ein Mitarbeiter max. haben?

Frau Aubel erläutert: Es gibt kein Benchmark dazu, weil jede Kommune anders aufgestellt ist und daher ist ein Vergleich nicht möglich. Manche zählen Fälle, aber eigentlich muss man auch Prozesse zählen.

Herr Kulke fragt nach der Ausschreibung der Kinderschutzstelle. Alle sind sich einig, dass die Situation unzufriedenstellend ist. Auch die insofern erfahrenen Fachkräfte haben dadurch keine fachliche Betreuung und Fortbildung mehr, ergänzt Herr Ströber.

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UAJHP: Herr Ströber erklärt zusammenfassend von der Sitzung am 12.11.2019, dass das Thema zu kommunalen Kitas aus der letzten JHA-Sitzung erneut diskutiert wurde. Dieses Vorhaben scheint manchen als bedenklich, bei der derzeitigen Überlastung der Verwaltung.

Beim Fachgespräch zum Fachkräftemangel am 23.10.2019 wurden kommunal umsetzbare Maßnahmenideen erfasst, die auf der Dezembersitzung erneut aufgerufen werden. Die Ergebnisse gehen an die AGs zur Ergänzung, dann geht das Ergebnis an den JHA mit der Frage, was ist umsetzbar. Außerdem hat sich der UAJHP mit den nicht erledigten Themen aus seinem Themenspeicher befasst und wird diesen in 2020 abarbeiten, z.B.: Konsequenzen für Potsdam gemäß § 79 a SGB VIII (Qualitätsprüfung), Erarbeitung Schlussfolgerungen zur Evaluation der Sozialraumorientierung Teil II oder auch neue Ansprüche Gesamtkonzept Schule – Jugendhilfe, Handlungskonzepte Kita und Übergang Berufsausbildung. Für die Komplettierung des Ausschusses wird eine Wahl in diesem JHA aus 5 Kandidaten stattfinden.

Außerdem muss ein Termin für die Fortbildung „Lebendige Jugendhilfeausschüsse“ gefunden werden. Herrn Kolesnyk wurden inzwischen einige angeboten, aber es kommt nach Prüfung mit anderen Terminen aus seiner Sicht nur der 17.01.2020 in Frage.

Die dazu durchgeführte Abstimmung ergab ein einstimmiges „Ja“.

Herr Ströber hat außerdem auf Nachfrage das Angebot erhalten, die Dezembersitzung im Club 18 durchführen zu lassen. Auch damit sind alle einverstanden.

RegAG 2: Frau Tietz fasst vertretend zusammen.

Es gab eine Diskussion zur Jugendklubarbeit mit der Feststellung, dass man eine Einrichtung nicht mit zwei Stellen gut betreiben kann, auch bei den Sschulsozialarbeiter*innen ist keine Vertretung möglich. Die Pauschalen im Jugendförderbereich decken keine Ausfallzeiten ab. Das wird sehr kritisch gesehen

Wie wird Kinderschutz an der Schule gehandhabt? Dazu wird die Region 2 mit den betroffenen Schulen ins Gespräch kommen.

RegAG 3: Die Reg-AG Region 3 tagte am 06.11.2019. Es wurde sich ausführlich über das Fachgespräch „Kommunale Möglichkeiten für bessere Fachkräftepflege und -akquise in der Landeshauptstadt Potsdam“ am 23.10.2019 verständigt. Außerdem wurde nochmals die Situation der unbesetzten Stellen im Sozialraum, insbesondere innerhalb der Jugendförderangebote, thematisiert. Für 2020 wurden Termine und Themen festgelegt.

Die AG 78 Kita tagt erst am 26.11. wieder

AG HzE tagte am 19.11.2019 mit einer Neuwahl. Neuer Vorsitzender ist Lutz Küken, die Stellvertretung übernimmt Frau Krönes. Für den UA kandidiert Frau Frehse. Es gibt Fragen und auch Bedenken für die (Nicht)Bearbeitung der Anträge der Träger.

Frau Aubel erläutert, dass die entsprechende Stelle nunmehr besetzt sei.

Zurzeit sind Menschen mit Behinderung nicht gut berücksichtigt, erfuhren die AG-Mitglieder laut RAK-Berichterstattung zur Kinderschutzarbeit mit behinderten jungen Menschen.

Frau Aubel betont, dass ihr diese Fälle nicht bekannt seien. Bei Bedarf seien der FBL und ihre Person gerne ansprechbar. Das Auswahlverfahren für den Beauftragten für Menschen mit Behinderungen wird wiederholt, da in der ersten Runde keine geeignete Person gefunden werden konnte.

AG JuFö: Frau Tietz berichtet, dass das Protokoll des Fachkräftefachgespräches vermisst wird. Räume für queere Jugendliche wurden thematisiert. Sanierungen der Jugendfreizeiteinrichtungen stehen immer noch aus. Skaten sollte an mehreren Orten in der Stadt möglich sein.

Frau Schulheiss erklärt, dass sie unter einer Fun-Sporthalle mehr als nur eine Skatehalle versteht.

Frau Aubel bietet an, dass der KIS in einer der nächsten Sitzung die Sanierungsplanung vorstellt.

zu 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Jugendliche: niemand anwesend

zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Kita-EB: Herr Witzsche erläutert, dass man sich darüber freut, nicht neu wählen zu müssen und nun inhaltlich arbeiten kann, neben einigen formellen Fragen soll vor allem inhaltlich gesprochen werden. Es ist sehr erfreulich, dass Frau Aubel zur Begrüßung des KKEB kommen wird.

Zum Thema aktuelle EBO wurde das Ministerium gebeten nochmal zu prüfen, ob sie Rechtsaufsicht gewährleisten müssen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Sachstand Jugendfreizeiteinrichtung Georg-Herrmann-Allee - Entwicklungsträger Bornstedter Feld angefragt

Herr Theobald stellt die Verortung und den aktuellen Sachstand zur Jugendfreizeiteinrichtung Georg-Herrmann-Allee mit einer Powerpoint Präsentation vor (Anlage).

Nach Beschluss aus dem Sommer 2019 (vgl. DS 18/SVV/0735) wird die Bauliche Planung wohl erst Mitte 2020 beginnen können, daher wird die Fertigstellung erst für Ende 2023 möglich sein.

Fragen:

Frau Tietz fragt nach, ob es sich um studentisches Wohnen handelt. Nutzungskonflikte sind vorher unbedingt zu vermeiden, denn ein Jugendklub ist nicht immer leise.

Herr Theobald erläutert, dass sehr eng gebaut wird und deshalb der Jugendklub in das Wohngebäude integriert wurde. Es gab vorab auch Beteiligungen von Kollegen der Jugendamtsverwaltung und dem Stadtjugendring (SJR).

Herr Kulke findet die Integration einer Jugendfreizeiteinrichtung ins Wohnen alles andere als optimal.

Herr Theobald ergänzt, dass die Orientierungswerte des Jugendamtes berücksichtigt wurden. Die Machbarkeitsstudie wird nachgereicht und ist eine Anlage.

Frau Aubel kann sich diese Planung vorstellen. Die Studierenden, die dort hinziehen, wissen ja vorab, was dort verortet wird.

Herr Harder widerspricht mit Nachdruck. Erfahrungsgemäß wird den Käufern und Mietern nicht immer vorab gesagt, welche weiteren Nutzungen in unmittelbarer Nähe geplant sind. Die zu erwartende Lautstärke muss vorher allen klar sein. Man kann mit Schallschutz einiges lösen. Der SJR wurde seines Wissens nicht beteiligt.

Herr Otto meint, dass die oberen Etagen auch für die Fachhochschule geeignet gewesen wären statt studentischem Wohnen. Er fragt an, ob schon vor der Fertigstellung Jugendarbeit erfolgen könne z.B. mittels Bauwagen?

Frau Dr. Müller bittet um Prüfung des Beteiligungsprozesses. Die Nutzung von Kita neben der Jugendfreizeiteinrichtung wurde vom JHA befürwortet. Eine Nutzung mit Studierenden sei auch denkbar.

Frau Tietz nimmt wahr, dass es für Jugendliche immer schwieriger werde sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Diese würden zunehmend als störend durch die Öffentlichkeit wahrgenommen. Daher sei eine Verdichtung wie hier geplant durchaus kritisch.

Herr Kulke fragt nach, wie der JHA weiter beteiligt werden soll. Auch Studenten könnten klagen, wenn sie ihre Ruhe haben wollen. Ideal ist diese Planung daher nicht.

Frau Parthum fragt nach der Miethöhe. Herr Theobald antwortet, dass die Miete nicht am WBS ausgerichtet werden soll sondern mittels Bafögsatz berechnet wird. Die Baukosten sind höher als normaler Geschosswohnungsbau, es werden dann ca. 325 € für ein 20m² Apartment (warm) im Monat sein.

Frau Schultheiss ist über diese Mietberechnung entsetzt. Die Miethöhe sei deutlich zu hoch.

Herr Ströber möchte die Festlegung zum studentischen Wohnen verschriftlicht sehen.

Herr Theobald benötigt zunächst den politischen Beschluss. Die angestrebte Förderung funktioniert dafür nur, wenn das Studentenwerk zustimmt. Ohne Förderung kann dies nicht realisiert werden.

Frau Aubel fasst zusammen, wenn es absehbar sei, dass studentisches Wohnen nicht realisiert werden könnte, müsste der Entwicklungsträger Bornstedter Feld zeitnah den JHA informieren.

Frau Parthum fragt, wie die Beteiligung nach dem Verkauf weitergeht. Frau Aibel regt an, dass dann die Pro Potsdam eingeladen werden müsse. Dies sollte unmittelbar nach dem Verkauf erfolgen.

Frau Eifler bedankt sich bei Herrn Theobald für die Präsentation und die Darlegungen.

zu 8 Wahl von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung aus AGs § 78 SGB VIII

Alle stimmberechtigten Mitglieder bekommen eine Tischvorlage (Anlage) mit den Kandidat*innen und einen Stimmzettel. Jeder hat 3 Stimmen und es wird offen angekreuzt.

Abstimmungsergebnis:

Frau Finke-Jetschmanegg

Frau Frehse

Frau Tietz

sind in den UA JHP gewählt.

zu 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 9.1 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024

Vorlage: 19/SVV/1174

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

Frau Aibel stellt die Planungen mittels einer Powerpointpräsentation vor (Anlage).

Investitionen sind nicht Bestandteil des Eckwerts, sondern lediglich der Ergebnishaushalt. Frau Aibel zählt auf, welche Themenfelder berücksichtigt wurden. Positionen, die nicht im Eckwert enthalten sind, werden ebenfalls benannt.

Frau Schultheiss fragt nach, warum das Rechenzentrum nicht erwähnt wurde. Frau Aibel antwortet, dass es dafür bisher keinen pauschalen Zuschuss gibt.

Herr Kulke vermisst HzE-Summen. Frau Aibel erklärt, dass diese in der Summe „Regionale Jugendhilfe“ enthalten seien.

Herr Ströber fühlt sich mit dem Beschlusstext überfordert, er wünscht sich die eingehendere Befassung mit dem Thema.

Frau Dr. Müller interessiert, wie weit die Umsetzung der haushaltsbegleitenden Beschlüsse erfolgt ist und was an der Öffnung der Schulen so teuer ist?

Frau Aibel erklärt, dass Wachschutzdienste die Schulgrundstücke öffnen und schließen.

Auch Herr Wollenberg hätte gern die 600.000,00€ für die Öffnung der Schulen untersetzt und kann die Summe nicht nachvollziehen. Er findet zunächst die Eckwerte gut dargestellt und ansonsten nachvollziehbar. Wo bleiben die 11% Aufwuchs beim Fachbereich Bildung, Jugend und Sport?

Frau Aibel antwortet, dass dieser Aufwuchs im Wesentlichen bei den Themenfeldern Kita und Schulen verausgabt wird.

Frau Schultheiss fragt, was mit der Jugendwebsite (vgl. Seite 19) gemeint ist.
Frau Aubel erklärt, dass es sich dabei um das Projekt von Frau Buhr (Maßnahme aus dem Aktionsplan kinder- und jugendfreundliche Kommune) handelt.

Herr Witzsche fragt zur Summe für die kommunale Kita, wie die sich zusammensetzt.

Frau Aubel erläutert, dass es sich dabei um Overhead- und Personalkosten handelt. Weiterhin will er wissen, ob die 77,10 Mill. € für die Kita-Einrichtungen geplant sind. Dies wird bejaht.

Außerdem stellt Herr Witzsche fest, dass laut Grafik auf der Seite 19 die Kinderzahlen sinken. Ist das wirklich so? Diese Information wird nachgeliefert.

Frau Parthum fragt, ob die Summen für die Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplanes Kinderfreundliche Kommune enthalten sind, was Frau Aubel bejaht, dass dies in Teilen der Fall ist.

Die Stadtverordneten erklären mehrheitlich: man müsse zunächst im Großen gucken, ob das Geld ausreicht, ehe man sich um die Detailfragen kümmere.

Herr Ströber fragt, ob der Bevölkerungsaufwuchs angemessen berücksichtigt wurde.

Die Stellen sind mittels eines Quotienten geplant worden, erklärt Frau Aubel, aber dieser muss nicht bedarfsdeckend sein. Auch die Kolleg*innen mit nicht pflichtigen Aufgaben müssen ihre Arbeit erledigen können.

Frau Tietz sieht noch nicht berücksichtigte Bedarfe. Wo kann sie das wann einbringen? Herr Wollenberg antwortet vor der Sommerpause 2020 kann sie dies nochmal ansprechen.

Herr Kulke fragt nach, was der JHA tun kann, um die Kolleg*innen in der Verwaltung zu unterstützen. Frau Aubel betont, dass sie dazu derzeit in Gesprächen sei. Bei Bedarf werde sie auf den JHA zukommen.

Das Papier wird einstimmig zur Kenntnis genommen!

zu 10 Sonstiges

Es wird gefragt: Wo ist der Doppelausschuss?

Antwort: Es steht der Tag noch nicht fest, daher auch noch nicht der Ort. In der nächsten Sitzung sollte entschieden werden, ob der Tag des Bildungs- und Sportausschusses oder des Jugendhilfeausschusses (von Februarplan 2020) genommen werden soll.

Birgit Eifler
Stellv. Ausschussvorsitzende

Birgit Ukrow
Schriftführerin